

Andre Gorz

Aber eines könnt Ihr nicht: im Namen des Realismus einer Auseinandersetzung über die zukünftige Gesellschaft aus dem Wege gehen.

Andre Gorz, Kritik der ökonomischen Vernunft, S. 303

Kritik der ökonomischen Vernunft: Fragen nach dem Sinn (IV) – Vorschläge und Perspektiven

Aus der Gesamtheit der bisherigen Analysen zeichnet sich bereits - wie in Filigran - das Bild einer möglichen anderen Gesellschaft ab. In ihr wird die fortschreitende Verringerung der ökonomisch zweckbestimmten Arbeit ein Übergewicht der autonomen Tätigkeiten möglich gemacht haben; »die freie Zeit wird den Sieg über die Zeit des Zwangs davontragen, die Freizeit über die Arbeit«; »die Freizeit wird nicht mehr allein der Erholung oder Kompensation dienen, sondern wird die wesentliche Zeit des erfüllten Lebens sein, während die Arbeit auf den Status eines bloßen Mittels reduziert wurde«. »Diese freie Zeit wird die gemeinschaftlichen Werte befördern. Man denke nur, welche Umwälzung es für unsere Gesellschaft bedeuten würde, wenn Kreativität, Konvivialität und Spiel die mit der Arbeit verbundenen Werte von Effizienz und Leistung überwiegen«. »Es geht um nichts Geringeres als darum, Lebenskunst und erneuerte Formen sozialer Kreativität wieder zu erfinden.«¹⁾ Mit einem Wort- es geht um den Übergang von einer produktivistischen oder Arbeitsgesellschaft zu einer Gesellschaft der befreiten Zeit, in der Kultur und Gesellschaftlichkeit das Ökonomische überwiegen - es geht um eine »Kulturgesellschaft«²⁾.

Dieser grundlegende Wandel (der den Namen >revolutionär< verdiente, wäre dieser Ausdruck nicht längst aus dem Verkehr gezogen und durch die Mode entwertet worden) ist als einziger in der Lage, den laufenden Veränderungen einen Sinn zu geben. Ohne diesen gesellschaftlichen Wandel aber werden sie nur zweifelhafte technische Barbareien mit sich bringen. Ohne ihn werden die Arbeitersparnisse und Zeitgewinne, die die beschleunigte Entwicklung neuer Techniken hervorbringt, nur zu massenhafter Verarmung, Arbeitslosigkeit und Ausschluß aus der Gesellschaft einerseits und zu einer Verschärfung des »Kriegs aller gegen alle« andererseits führen.

»Da die Erwerbsarbeit immer weniger Zeit erfordert, ist eine Kultur der Eigenarbeit nötig, die auch der Ausbeutung durch Unterhaltungs- und Freizeitindustrie entgegenwirkt. Eigenarbeit in Haus, Garten und Umwelt, aber auch soziales Engagement in der Nachbarschaft können Werte schaffen, vor allem aber menschliche Fähigkeiten und Neigungen zur Entfaltung bringen, die in der Erwerbsarbeit verkümmern oder nicht gefragt sind.

Wir wollen, daß sich in den Gemeinden eine kommunale Kultur, eine Kultur der Geselligkeit, des Feierns und der Besinnung erhält oder herausbildet.«³⁾

Die Übereinstimmung zwischen diesen Passagen am Ende des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm der SPD und den folgenden Bemerkungen der Autoren von *La revolution du temps choisi* ist bemerkenswert:

»Es ist nicht allzu schwer, uns die bevorzugten Bereiche vorzustellen, in denen sich die durch die freie Zeit ermöglichten Tätigkeiten abspielen könnten: So könnten die Aufgaben der lokalen Selbstverwaltung und der Nachbarschaftshilfe sehr viel leichter von ihren Nutznießern wiederangeeignet werden; Pflege und Instandhaltungsarbeiten an individuellem oder gesellschaftlichem Besitz würden einen neuen Wert bekommen; Mitgliedschaften in verschiedenen Vereinen wären möglich; Amateure könnten künstlerische und kulturelle Tätigkeiten entfalten und Kleinkulturen entstehen lassen, die mehr Sinn hervorbringen als das derzeitige von den Medien fabrizierte Standardangebot. Diese Kultur des unmittelbaren Lebensumfeldes würde das Gemeinschaftsleben stimulieren und damit zur >Wiederverzauberung der Welt, zur >Wiedergeburt des Gefühls< beitragen, derer wir nach Aussage berufener Soziologen (Serge Moscovici, Alain Touraine) so bedürfen. Diese gesellschaftliche Dynamik wird uns auch den Weg zu jenen schönen Ausdrücken des >Tätig-Seins< oder des >Werks< wieder eröffnen, die uns die moderne Arbeit hat vergessen lassen. Und wir setzen darauf, daß sie die Gesellschaft geselliger machen und jeden stärker an seiner Umwelt teilhaben lassen.«⁴⁾

Ich beginne bewußt damit, dieses Leitbild (oder diese »konkrete Utopie«) in synthetischer Manier vorzustellen und dann erst zu den Fragen der Machbarkeit zu kommen. Denn das Entscheidende an diesem Leitbild besteht darin, daß es den möglichen Sinn der laufenden technischen Veränderungen anzeigt und daß diese keinen anderen Sinn haben können als folgenden: wenn die gesparte Arbeitszeit nicht dazu dient, Zeit freizusetzen, und wenn diese befreite Zeit keine Zeit der »freien Entfaltung des Individuums«⁵⁾ ist, dann ist dieses Sparen von Arbeitszeit völlig sinnlos.

Wenn man sich hingegen dafür entscheidet, den im Gang befindlichen Prozessen den emanzipatorischen Sinn zu geben, den sie haben können, dann stellt sich die Frage der Mittel in konkreter und positiver Weise: Es ist nicht mehr die spekulative und hilflose Frage, zu wissen, »wohin wir gehen«, wenn wir schon irgendwohin gehen sollen; die Frage lautet, wie wir in die einzige Richtung (sens) gehen können, die uns offensteht, wenn es denn einen Sinn geben soll.⁶⁾ Und in ihrem Prinzip ist die Antwort auf diese Frage bereits bekannt: Sie besteht in der planmäßigen, stufenweisen Arbeitszeitverkürzung ohne Verlust an Realeinkommen, kombiniert mit einer Reihe von Begleitpolitiken, die diese freigesetzte Zeit für alle zur Zeit freier Entfaltung werden lassen.

Zusammengefaßt geht es darum, sich der aktuellen Entwicklungen zu bemächtigen, um sie in eine Richtung (sens) zu orientieren, die ihren eigenen Tendenzen entspricht. Dieser Sinn wird sich auf keinen Fall von selbst herstellen können. Und wir kennen den Grund dafür: Die Entwicklung der Produktivkräfte kann zwar aus sich heraus das notwendige Arbeitsvolumen verringern; aber sie kann nicht aus sich selbst heraus die Bedingungen schaffen, die diese Arbeitersparnis zu einer Befreiung für alle machen. Die Geschichte kann Chancen einer größeren Freiheit in unsere Reichweite stellen; doch sie kann uns nicht davon dispensieren, diese Chancen auch emanzipatorisch zu nutzen. Wir werden nicht durch einen materiellen Determinismus und gleichsam ohne unser Mittun befreit werden. Das in einem historischen Prozeß enthaltene Befreiungspotential aktualisiert sich nur, wenn es von den Menschen zu ihrer Befreiung ergriffen wird.

Das Problem ist also seinem Wesen nach politischer Natur. Die Linke wird sich in Zukunft von der Rechten hauptsächlich durch die emanzipatorischen Ziele unterscheiden, auf die hin sie den technischen Wandel lenken will; oder, wie Peter Glotz schrieb, durch ihre Fähigkeit, »der

Technik eine Utopie abzurufen«. Sie wird sich von der Rechten durch den Willen unterscheiden, Arbeitersparnisse für gesellschaftliche und kulturelle Ziele zu verwenden, die die ökonomischen Ziele schließlich überschatten. Wir finden hier das Wesen des Sozialismus wieder, wie wir es mit Karl Polanyi definiert haben⁷⁾: Als Unterordnung der ökonomischen Tätigkeiten unter gesellschaftliche Zwecke und Werte.

Definiert man Sozialismus so, dann war seine Aktualität niemals so groß wie heute. Die Schwierigkeit rührt daher, daß die traditionelle Klassenbasis der sozialistischen Linken durch den technologisch bedingten Wandel zersetzt worden ist und das direkte Band zwischen dem Interesse der Arbeiter und ihrem Bedürfnis nach Gesellschaft gerissen ist. Außerdem hat dieses Bedürfnis nach Gesellschaft(lichkeit) niemals die Form angenommen, die es nach der sozialistischen Theorie hätte annehmen sollen. Die Arbeiter hatten zwar das offensichtliche Bedürfnis, die ökonomische Rationalität einzudämmen, den Verkauf ihrer Arbeitskraft den Marktgesetzen zu entziehen. Dabei handelte es sich um ein Klasseninteresse, auf dessen Grundlage ihre Klassenorganisationen aufbauten. Die Schranken aber, die diese dem Spiel der Marktmechanismen setzten, waren niemals Ausdruck eines anderen gesamtgesellschaftlichen Konzepts. Wenn man so will, hat der Klassenkampf niemals (mit Ausnahme der owenistischen Bewegung in England) die Wendung einer offen revolutionären Bewegung angenommen, die darauf abzielt, die liberalkapitalistische Nicht-Gesellschaft durch eine auf die freiwillige Vereinigung und Zusammenarbeit der Produzenten gegründete Gesellschaft zu ersetzen.

Wir haben gesehen, wo die Gründe für dieses politische Defizit (genauer: ein Defizit an Gesellschaftlichkeit) liegen: Die Produktionsmittel und die Organisation der Arbeitsteilung (die auch eine Produktivkraft ist) innerhalb großer Wirtschaftsräume haben eine derartige Komplexität angenommen, daß es rein materiell für die vereinigten Arbeiter unmöglich wäre, sich diese wiederanzueignen und ihren eigenen Zielen zu unterwerfen. Wenngleich der Klassenkampf Gesellschaft produziert, konnte er doch keine Gesellschaft der Produzenten hervorbringen.

Deshalb haben sich die Arbeiterbewegung und die Linke zunehmend dem »fordistischen Kompromiß« angeschlossen. Dieser ersparte es der Arbeiterbewegung, für eine andere Gesellschaft einzutreten, und er maskierte das für den liberalen Kapitalismus charakteristische Defizit an Gesellschaftlichkeit. Er delegierte an den Staat - einen Staat, ausgestattet mit Interventionsmitteln und Steuerungsinstrumenten, die größtenteils jeder sozialen und politischen Kontrolle entzogen sind - die Aufgabe, das Gesellschaftssystem als verselbständigtes System nach Rationalitätskriterien zu steuern, die mit den Eigeninteressen keiner der beiden kämpfenden Klassen zusammenfielen, jedoch faßbaren Gewinn und Befriedigung für alle einbrachten.

Der Wohlfahrtsstaat - den Pierre Rosanvallon treffender den »Sozial-Etatismus« genannt hat⁸⁾ - muß als Gesellschaftersatz begriffen werden.⁹⁾ In Abwesenheit einer zur Selbststeuerung fähigen Gesellschaft hat er während der fünfundzwanzig Jahre des fordistischen Kompromisses das ökonomische Wachstum und das Funktionieren des Marktes gesteuert, die kollektive Aushandlung des (zur »Sozialpartnerschaft« umgetauften) Klassenkompromisses institutionalisiert und die Entfaltung der ökonomischen Rationalität über die Schranken, die er ihr (gleichzeitig) auferlegte, sozial tolerierbar und materiell tragfähig gemacht.

Er war jedoch niemals Produzent von Gesellschaft und konnte dies auch gar nicht sein. Die steuerliche Umverteilung der »Früchte des Wachstums«, die sozialen Vorsorgesysteme

gesetzlicher Versicherungspflicht, des Gesundheitsschutzes (usw.) traten recht oder schlecht an die Stelle der aufgelösten sozialen Bindungen, aber sie schufen keine neue gesellschaftliche Solidarität: Die so indirekt und unsichtbar wie möglich vorgenommene Umverteilung oder Umwidmung eines Teils des produzierten Reichtums war Sache des Staates, ohne daß irgendein Band erlebter Solidarität zwischen den Individuen, Schichten oder Klassen geknüpft wurde. Die Bürger waren nicht die handelnden Subjekte des Sozial-Etatismus; sie waren als Anspruchsberechtigte, Beitragspflichtige und Steuerzahler seine Verwaltungsobjekte.

Diese Trennung zwischen Wohlfahrtsstaat und Bürgern war unausweichlich, da die Wurzeln des für den marktwirtschaftlichen Kapitalismus charakteristischen Gesellschaftsdefizits intakt geblieben waren. Der Sozial-Etatismus wollte nämlich ausdrücklich ein Modell politischer Steuerung der kapitalistischen Marktwirtschaft sein, deren Substanz er genausowenig angreifen wie er deren Hegemonie über die gesellschaftlichen Beziehungen beschneiden wollte. Diese sollten im wesentlichen (Ver)kaufsbeziehungen bleiben, auch wenn die Märkte, auf denen sie sich abspielten, von ferne und von oben durch staatliche Interventionen gesteuert wurden. Nun ist der Markt vor allem ein Ort, auf dem verstreute Individuen aufeinandertreffen, von denen ein jedes seinen privaten Vorteil verfolgt. Markt und Gesellschaft stehen in einem grundlegenden Widerspruch zueinander. Das Recht eines jeden, den eigenen Vorteil souverän zu verfolgen, schließt ein, daß ihm keinerlei Zwang oder Einschränkung im Namen eines »übergeordneten Gesellschaftsinteresses« oder transzendenter Werte auferlegt werden darf. Die »Marktgemeinschaft« ist eine *contradictio in adjecto*: soll sie doch hervorgehen aus dem Kampf aller gegen alle. Als rein äußerliche Resultante individuellen Treibens und Ergebnis keines menschlichen Willens hat sie nur statistische Wirklichkeit.

Da der Markt jedenfalls unfähig dazu ist, selbst die Bedingungen seines selbständigen Funktionierens auf Dauer sicherzustellen; und da das souveräne Recht eines jeden, den eigenen Vorteil zu verfolgen, nur unter der Bedingung rechtlicher Begrenzung verallgemeinerbar war, bleibt die »Marktgemeinschaft« auf den Staat angewiesen: Sie kann ohne einen Rechtsapparat nicht auskommen, der die Souveränität der Individuen derart einschränkt, daß die Souveränität eines jeden im Recht des anderen seine Schranke findet. Dieser Rechtsapparat muß notwendigerweise von den Individuen selbst und gegenüber der politischen Macht unabhängig sein. So erfordert die »Marktgemeinschaft« aus ihrer eigenen Natur heraus die Trennung von Recht und Sitten, die Trennung von Staat und Zivilgesellschaft und die Autonomie des Staates gegenüber den Individuen und der politischen Macht. Die für die liberale Ideologie charakteristische Staatsablehnung muß also als indirekter Ausdruck der dem liberalen Kapitalismus innewohnenden Gesellschaftsablehnung verstanden werden.

Der »fordistische Kompromiß« stellte somit ein grundlegend instabiles Gebilde dar. Der Staat hatte sich Eingriffs- und Steuerungsinstrumente geschaffen, die zwar - global gesehen - dem Interesse des marktwirtschaftlichen Kapitalismus entsprachen, nichtsdestoweniger aber den Interessen jedes Einzelkapitalisten widersprachen. Dieser hochmütige technokratische und Interventionsstaat wurde von der Bourgeoisie nur deshalb hingenommen, weil er das Wirtschaftswachstum in einem Klima relativen sozialen Friedens sicherstellen konnte. In der Tat wird in einem System beständigen Wachstums der Vorteil eines jeden mit dem Vorteil aller verträglich: alle können gewinnen. Aber mit dem Auftauchen der »Grenzen des Wachstums« wird die Marktwirtschaft wieder zu einem Nullsummenspiel: jeder kann sich nur zum Nachteil von anderen einen Vorteil verschaffen. Das Ende des Wirtschaftswachstums machte also den »fordistischen Kompromiß« hinfällig. Sein Baumeister, der technokratische Staat, verlor in den Augen der Bourgeoisie seine Legitimität. Er hätte seine Steuerungsmacht und Schieds-

richterrolle nur behalten können, wenn er das freie Spiel des Marktes noch mehr als bisher eingeschränkt hätte, wenn er also den marktwirtschaftlichen durch einen verwalteten Kapitalismus ersetzt hätte - der immer näher an den Staatskapitalismus herangerückt wäre. Das aber hätte die offene Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie bedeutet.

Die Fortsetzung ist bekannt. Der offene Konflikt wurde gar nicht erst versucht oder sehr schnell wieder eingestellt. Denn die Steuerungsmacht der Nationalstaaten wurde in ihrem Rücken von der Internationalisierung des Kapitals und – vor allem – durch die weltweite Verflechtung der Finanzmärkte übernommen. Um ihre ökonomische Interventionsmacht zu behalten, hätten sich die nationalen Technokratien nicht nur mit der jeweiligen nationalen Bourgeoisie auseinandersetzen müssen, sondern mit den Finanzbourgeoisien und Zentralbanken der Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer. Die Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume gegenüber dem Weltmarkt und die Verschärfung der internationalen Konkurrenz wurden damit für die nationalen Bourgeoisien zu einer vortrefflichen Waffe in ihrem Kampf gegen den Staatsinterventionismus innerhalb jedes einzelnen Landes. Nur eine transnationale Koalition der Linken, die sich auf gemeinsame politische Ziele geeinigt hätte, wäre in der Lage gewesen, dem Internationalismus des Kapitals dauerhaft zu widerstehen. Sie aber erblickte das -Tageslicht nicht: Die Mehrzahl der Linksparteien hatte als einziges Bestreben, sich der Staatsmacht zu bemächtigen oder ihre Kontrolle zu behalten, ohne zu bemerken, daß diese nationalen Strukturen längst ihrer Substanz beraubt wurden und sich die Entscheidungszentren verlagert hatten.

Der Markt – oder genauer, die Öffnung der nationalen Volkswirtschaften gegenüber einem der Steuerungsmacht der Nationalstaaten entzogenen Weltmarkt – fand seine ursprüngliche politische Funktion wieder: die Verhinderung einer politischen Kontrolle der Ökonomie. Der »außenwirtschaftliche Zwang«, der ja nichts anderes als das Marktgesetz in einer scheinbar unwiderstehlichen Gestalt war, schien sich den Individuen, Völkern und Staaten wie eine »höhere Gewalt« aufzudrängen. Da sie menschlicher Gewalt scheinbar entzogen war, blieb nichts anderes übrig, als sich ihr zu beugen. Niemand mehr, weder Regierungen noch Unternehmerschaft noch Finanzkapital, war für die Zwänge der Konkurrenz auf dem Weltmarkt verantwortlich zu machen.

So wurden der Markt und der »außenwirtschaftliche Zwang«, wie dies Bernard Manin sehr gut gezeigt hat, wieder zu »Prinzipien von Ordnung und Regierbarkeit«. »Wenn es niemanden gibt, den die Individuen für ihr Schicksal verantwortlich machen könnten, wird dies die Handelnden dazu führen, alles, was ihnen widerfährt, zu akzeptieren. (...) Der Markt stellt also ein äußerst wirksames Prinzip der Begrenzung der politischen Macht dar, weil er eine Steuerungsinstanz darstellt, die sich dem Zugriff der verschiedenen Akteure entzieht.«¹⁰⁾

Hier liegt die Erklärung für die Krise, den Rückzug und das Elend, der europäischen Linken. Sobald man einmal akzeptiert hat, daß der Markt die »Konkurrenzfähigkeit« als erstes und unwiderstehliches Gebot erzwingt, muß – wie Karl Polanyi bemerkte – die Gesellschaft als Hilfsmittel des Marktes geführt werden. Also muß der Wohlfahrtsstaat geschleift und die Wirtschaft »dereguliert« werden; die liberalkapitalistische Ideologie wird zunehmend hegemonial, und die Linke – soweit sie sich mit dem Sozial-Etatismus identifiziert hat – findet sich in der Defensive, ohne Programm, ohne Konzept, ohne Perspektive. Wenn sie sich noch an der Macht halten kann, verdankt sie dies häufig ihrer Fähigkeit (in Italien, Österreich, Spanien), neoliberale Reformen (oder Gegenreformen) der Arbeiterbewegung aufzuzwingen. Sie regiert im Namen von Effizienz und technokratischer Konsequenz. Sie verkörpert die Kunst, zwischen

dem »außenwirtschaftlichen Zwang« einerseits und den Interessen der lohnabhängigen Schichten andererseits zu vermitteln. Kurz: links oder sozialistisch ist sie nur mehr dem Namen nach – und diesen Namen diskreditiert sie. Die Bedingungen ihrer authentischen Wiedergeburt leiten sich aus dieser Analyse ab.

Die erste dieser Bedingungen ist der Internationalismus, oder – wenn man dies vorzieht – eine trans-, supra- und internationale Konzeption der anstehenden Aufgaben und Politiken. »Die Linke wird entweder als europäische Kraft revitalisiert – oder unter würdigen Belobungen für historische Verdienste von der Bühne geschoben«, bemerkte Peter Glotz.¹¹⁾ Anders gesagt: entweder findet sie zusammen, um die Entstehung eines »europäischen sozialen Baums« auf der Grundlage eines für alle Länder gemeinsamen und an gemeinsamen Zielen ausgerichteten Systems der Sozialgesetzgebung, sozialer Sicherung und Sozialpolitik durchzusetzen – oder sie ist dazu verurteilt, in jedem Land die gesellschaftliche Regression zu erleiden oder anzuerkennen, für die weiterhin der »außenwirtschaftliche Zwang« als Alibi herhalten wird.

Die zweite Bedingung ist, daß die Linke ein Gesellschaftskonzept vorlegt, das die unmittelbar widerstreitenden Interessen der verschiedenen Arbeiter- und Arbeitslosenschichten hin zu gemeinsamen Interessen überwindet. Dies ist keine neue Aufgabe: die Arbeiterbewegung und die aus ihr entstandene politische Linke haben sie von Anfang an erfüllen müssen. Und sie waren dazu nur dadurch in der Lage, daß sie sich über die direkten ständischen Interessen hinaus auf moralische, kulturelle und politische Interessen der Frauen und Männer beriefen: auf ihr Bedürfnis, Sinn zu geben, ihr Bedürfnis nach einem »Ideal«. Dieses Bedürfnis findet heute nur noch in den großen kollektiven Bewegungen seinen Ausdruck, die für die Gründungswerte der Linken eintreten (Frieden, Freiheit und Unantastbarkeit der Person, Rechts- und Chancengleichheit usw.). Es kann sich nur außerhalb des parteipolitischen Rahmens äußern, da die Parteien mit den Regierungs- und Verwaltungsmaschinen verwachsen sind, die jede Möglichkeit der Diskussion über gesamtgesellschaftliche Ziele versperren. So stehen politischen Apparaten ohne Leitwerte – Leitwerte ohne politische Übersetzung entgegen. Die Werte, die einst die Linke begründeten, suchen heute Raum in den Kirchen und Vereinen.

Aber die europäische Linke verfügt (ich zitiere wieder Peter Glotz) »über eine konkrete Utopie, die Millionen bewegen könnte: Arbeitszeitverkürzung. Arbeitszeitverkürzung aber nicht nur als technokratisches Instrument zur gerechteren Verteilung von Arbeit, sondern als das gesellschaftsverändernde Ziel, den Menschen mehr >disponible Zeit< zu schaffen. Hier liegt eine historische Chance, die in der Geschichte der Menschheit noch niemals gegeben war: zu erreichen, daß die Orientierungszeit eines Menschen größer ist als die Arbeitszeit und die Zerstreungs- und Ausruhezzeit, die einer braucht.

Die Linke hat keine Ziele mehr? Hier hätte sie eins; nicht mehr auf dem Papier, sondern schon in den sozialen Kämpfen. (...) in einer großen Anstrengung wäre es möglich, den Kampf von deutschen Metallarbeitern für systematische Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich – also ohne soziale Abstufung – zu einem Thema der ganzen europäischen Linken zu machen; nicht nur zu einer Spezialfrage der Sozialpolitik, sondern zu einer großen politischen, kulturellen, gesellschaftlichen Initiative. Eine neue Zeitpolitik – das ist kein isoliertes Kampfgebiet für Facharbeiter, sondern eine schichtenübergreifende, verbindende humanistische Idee: Arbeit und Muße in eine prinzipiell neue Balance zu bringen. Es wäre der größte neuere Programmpunkt einer politischen Bewegung, der der Begriff >Emanzipation< nicht peinlich geworden ist.«¹²⁾

Die Übereinstimmung hier ist fast perfekt zwischen der deutschen SPD, den italienischen Kommunisten und den wichtigsten italienischen Gewerkschaften, die sich bis zum Ende dieses Jahrhunderts die 30-Stunden-Woche zum Ziel gesetzt haben¹³⁾; und den niederländischen Linksparteien (Sozialdemokratie inklusive) und Gewerkschaften, deren Ziel die 25-Stunden-Woche ist, gekoppelt mit der Entwicklung von Tätigkeiten ohne ökonomische Zwecksetzung und der Umverteilung der häuslichen Aufgaben zwischen Mann und Frau.

Natürlich bleibt die Frage der konkreten Wege und Mittel. Und um diese Frage dreht sich die entscheidende Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Komponenten innerhalb der Linken einerseits – und zwischen Linker und Rechter andererseits. Die Verkürzung der Arbeitszeit kann nämlich – je nach ihren Formen - die soziale Ungleichheit verringern oder vermehren, die Sicherheit oder die Unsicherheit erhöhen, ein Faktor sozialer Eingliederung oder des Ausschlusses aus der Gesellschaft sein. Sie kann:

1. für alle einheitlich oder differenziert;
2. allgemein oder selektiv;
3. auf die Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit bezogen sein;
4. mit Einkommenserhöhung, -garantie oder -reduktion einhergehen;
5. die Verbindung zwischen Recht auf Arbeit und Recht auf Einkommen zerbrechen, lockern oder beibehalten.

Ihre Modalitäten implizieren grundlegende Entscheidungen über das angestrebte Gesellschaftsmodell. Ich will versuchen, die umkämpften Angelpunkte deutlich zu machen, indem ich der Reihe nach die oben angeführten fünf Variablen untersuche.

Anmerkungen:

- 1) Echanges et Projets, La revolution du temps choisi, mit einem Vorwort von Jacques Delors, Paris 1980, S. 107.
- 2) Im Original deutsch. (A.d.Ü.)
- 3) SPD, Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Entwurf: Irsee, Juni 1986), Kapitel XII. »Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft«.
- 4) Echanges et projets, La revolution du temps choisi, a.a.O., S. 109.
- 5) Vgl. in diesem Buch, Kapitel 8.
- 6) Das Wortspiel mit sens, das im Französischen sowohl »Richtung«, als auch »Sinn« bedeutet, läßt sich im Deutschen nicht nachvollziehen. (A.d.Ü.)
- 7) Karl Polanyi, The Great Transformation, a.a.O., S. 224 ff. (Kapitel 14: »Markt und Mensch«); vgl. auch oben im Teil II. das 2. Kapitel.
- 8) P. Rosanvallon/P. Viveret, Pour une nouvelle culture politique, Paris 1977.
- 9) Siehe oben im Teil II. das Kapitel 2.
- 10) Bernard Manin, »Les deux liberalismes: marche et contrepouvoirs«, in: Intervention, Nr.9 (Mai-Juni 1984).
- 11) Peter Glotz, »Die Malaise der Linken«, in: Der Spiegel, Nr. 51 (1987).
- 12) Glotz, »Die Malaise der Linken«, a.a.O.
- 13) Auf der Konferenz der kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter am 3. März 1988 gab im Namen der PCI-Leitung Antonio Bassolino die 35-Stunden-Woche als unmittelbares Kampfziel und als Ziel bis zum Ende des Jahrhunderts »in einer europäischen Optik« die 30-Stunden-Woche an. Er stellte die Verkürzung der Arbeitsdauer vor als »Bindeglied zwischen dem Kampf um die Befreiung in der Arbeit und um die Befreiung von der Arbeit: um uns von der Herrschaft der Ökonomie über das Leben zu befreien.«

Quelle: Gorz, Andre: Einleitung zum Dritten Teil: Fragen nach dem Sinn (IV) – Vorschläge und Perspektiven. S. 257-268 in: Ders., Kritik der ökonomischen Vernunft. Rotbuch Verlag, Berlin 1989.